

## Reichtum ist gewollt – Armut auch?

Frieder Claus

Fast zehn Jahre nach Schröders Ankündigung einer Agenda 2010 fordern konservative Kräfte – allen voran die Springerpresse – die Fortsetzung mit einer Agenda 2020. Treffend beschreiben die „Nachdenkseiten“<sup>1</sup>: „Die Haftung der Steuerzahler für das Versagen der Politik und der Finanzwirtschaft wird von den Propaganda-Bataillonen der Konservativen unter den Teppich gekehrt und zur Rettung aus der Krise ‚ein reformpolitischer Neustart‘, eine ‚Agenda 2020‘ gefordert. Die bekannte Umverteilungspalette fordert die Fortsetzung uralter Maßnahmen wie weiteres Lohn- und Steuerdumping, weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters, Streichung des Kündigungsschutzes, Absenkung des Hartz-IV-Satzes um 30 Prozent, weitere Privatisierungen...

Weshalb die weitere Polarisierung von Armut und Reichtum unsere Probleme lösen sollen, wird nicht begründet. Wie dieses Gift in der Vergangenheit gewirkt hat, soll rückblickend für die letzten 30 Jahre in wenigen Fragmenten skizziert werden.

Eine grundlegende Weichenstellung erfolgte mit dem „Lambsdorffpapier“ aus 1982, das der damalige Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, später Bundesbankpräsident und dann Leiter des Kuratoriums der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Hans Tietmeyer, entwarf. Zur Verbesserung der Kapitalerträge und einer Beendigung des „Interventionsstaats“ sollte die Sozialleistungsquote gesenkt und „Eigeninitiative und Selbstvorsorge“ gefördert werden. Das Drehbuch, das bereits Schröders Agendapolitik vorbereitete. So sollte das Renteneintrittsalter erhöht werden und eine stärkere Eigenbeteiligung bei den Gesundheitskosten erfolgen. Das Arbeitslosengeld sollte auf 12 Monate begrenzt und die Zumutbarkeitsregeln für Erwerbslose verschärft werden. Ggf. könne auch die Arbeitslosenhilfe an die Sozialämter übertragen werden. Das Papier führte 1982 zum Bruch der sozial-liberalen Koalition, Helmut Schmidt nannte es den Scheidebrief. Nach dem Vorbild Thatchers in Großbritannien und Reagans in den USA ging die Fundamentalkritik am Interventionsstaat zur rigorosen „Reform“-Politik über.

Fast schon prophetisch bezeichnete der damalige Chef der Deutschen Bank Rolf-E. Breuer in einem ZEIT-Interview vom 27.4.2000 die Finanzmärkte als Fünfte Gewalt unseres Staates. Sie seien „effiziente Sensoren“ gegenüber Fehlentwicklungen, Regierungen sollten Anlegerwünsche, in denen Breuer die westlichen Wertvorstellungen manifestiert wähnt, deshalb auch viel stärker als bisher berücksichtigen. Die Wünsche der Investoren stünden nicht im Gegensatz zu den Grundorientierungen einer an Wohlstand und Wachstum orientierten Politik, sondern seien mit ihnen identisch. Die Finanzkrise lässt grüßen.

Im selben Jahr erfolgte die Unternehmenssteuerreform, die mit weniger Steuern für die großen Konzerne Arbeitsplätze schaffen sollte. Dies führte zu einem Kollaps der Körperschaftssteuer als Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften sowie der Gewerbesteuer. 2001 brachen 24 Milliarden Euro der Körperschaftssteuer weg – ca. ein Achtel des Bundeshaushalts - sowie weitere 4 Milliarden der Gewerbesteuer. Kaum eine Kapitalgesellschaft zahlte noch Steuern. Die öffentlichen Haushalte bis hin zu den Gemeinden verarmten – doch im gewollt schlanken, sprich armen Staat entstanden keine Arbeitsplätze. Stattdessen wanderten hunderttausende im Zuge liberalisierter Beschränkungen des Handels und Kapitalverkehrs ins Ausland ab, die Menschen aber blieben.

Für die so überflüssig gewordenen sah man nun einen Totalumbau der Arbeitslosenfürsorge vor. Bis 2004 gab es noch ein dreigliedriges System. Nach dem ersten Netz des Arbeitslosengelds kam die Arbeitslosenhilfe, die noch ein Stück weit die berufliche Qualifikation, den bisherigen Lebensstandard, die Wohnung, das Angesparte und das Partnereinkommen schützte. Langfristig führte die Armutsrutsche dann in die Sozialhilfe. Mit der bewussten Auslagerung einfacher Arbeit in Billiglohnländer brauchte man diesen Schutz für die zu große Reservearmee der Arbeitslosen nicht mehr, man beseitigte die 2. Stufe der Arbeitslosenhilfe. Nach der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld geht es sofort in eine verschärfte Sozialhilfe. Hier gibt es keinen Qualifikationsschutz mehr, jede Arbeit ist zumutbar. Man muss erst

---

<sup>1</sup> S. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=14262>

weitgehend verarmen, bevor man staatliche Hilfe erhält. Die Wohnung muss im unteren Standard liegen, Partnereinkommen sind ungeschützt. Vermittelt wird kaum noch in rechts-sichere und versicherte Arbeitsverhältnisse sondern überwiegend in atypische Beschäftigung. Die ersten Hartzgesetze ab 2003 schafften solche Beschäftigungsformen mit Minijobs, Zeitarbeit und erweiterten Befristungen in zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen. 2005 kamen mit Hartz IV die „Ein-Euro-Jobs“ hinzu. Die Zumutbarkeit von Arbeit wurde bis an die Grenze sittenwidriger Löhne abgesenkt. Drakonische Strafen bringen den notwendigen Druck auf Jobs, die vorher mit gutem Grund abgelehnt werden konnten. So entsteht eine hohe Nachfrage auf prekäre Arbeitsverhältnisse durch ein gepeitschtes Arbeitslosenheer, das „für Apfel und Ei“ jede Tätigkeit übernimmt und gleichzeitig als faul, dumm und arbeitsscheu verunglimpft wird. Die Kirchen haben zur Hartzreform als Verarmungsprogramm zur Erzwingung von Billigarbeit weitgehend geschwiegen. Sie müssten sich bei den Arbeitslosen eigentlich entschuldigen.

Hartz IV löste bei den Sozialgerichten eine Klageflut mit hohen Erfolgsquoten aus, noch heute ist ein Großteil der Bescheide falsch. Das Gesetzeswerk wurde inzwischen über 60 mal verändert, es waren meist Verschärfungen. Eine Fülle von Sondervorschriften für Arme ließ selbst das Diakonische Werk in Berlin von systematischer Entrechtung sprechen. So findet man etwa Unterhaltspflichten für Stiefkinder oder bis zu 25-jährigen mit Berufsausbildung, die es für Normalbürger nicht gibt. Bei jedem Strafzettel hat ein Widerspruch aufschiebende Wirkung, nicht jedoch bei der existenziell wichtigen Hartz-IV-Leistung. Die grundgesetzlich zugesicherte Vertragsfreiheit gilt nicht für Eingliederungs-„Vereinbarungen“, die erzwungen werden können. Junge „Kunden“ unterliegen bis 25 Jahren besonders scharfen Sanktionen, schon beim ersten Pflichtenverstoß wird die Geldleistung i.d.R. für drei Monate vollständig entzogen. Zudem unterliegen sie einem Auszugsverbot, das ihre Freizügigkeit gravierend beschränkt – alles unbegründete Altersdiskriminierungen. Auch eine Art von Sonderbehandlung sind regelmäßig wiederkehrende Missbrauchskampagnen, die Betroffene verunglimpfen und ihnen die Würde rauben. Der erste Hartz-IV-Minister Clement verstieg sich sogar zu der Bezeichnung Parasiten. Bei der marginalen Missbrauchsquote bleibt der zigfach höhere Steuerbetrug völlig draußen. Diese Aufzählung könnte vielfach erweitert werden.

Herbe Einschnitte gab es 2004 in der gesundheitlichen Versorgung mit Praxisgebühren, Selbstbeteiligungen und Leistungsausschlüssen. Der Rückgang der Arztbesuche bei Geringverdienern war doppelt so hoch wie bei Besserverdienenden. Bereits jetzt schon sterben Arme 7 – 12 Jahre früher als Nichtarme. Vermehrt gilt nun wieder: Armut macht krank und Krankheit macht arm.

Die Rentenreformen luden die bislang paritätisch mit den Arbeitgebern getragene Altersversorgung einseitig auf die Schultern der Beschäftigten. Anstelle der gesetzlichen Rentenversicherung stärkte man die private Versicherungswirtschaft mit der privaten Altersvorsorge, die sich gerade Einkommensschwache oft nicht leisten können. Eine hysterische Kampagne um eine seit über 100 Jahren laufende demographische Entwicklung führte zur Erhöhung des Rentenalters und durch Veränderung der Rentenformel für die nächsten Jahrzehnte zu massiven Rentenkürzungen Selbst Ministerin von der Leyen muss inzwischen vor einer neuen Altersarmut warnen.

Im Sinne des Lambsdorffpapiers aus 1982 waren diese „Reformen“ höchst erfolgreich. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich, weit über 1 Mio. Menschen brauchen zusätzliche Hartz-IV-Leistungen, weil Arbeit die Existenz nicht mehr absichert. Das hat die kaum besteuerten Kapitalerträge nach oben getrieben, Billiglöhne verhelfen dem Exportweltmeister zu immer weiteren Rekorden. Ein Schelm, der da behauptet, die Überschüsse des einen führten in einer Gemeinschaft zu Defiziten und damit zur Schuldenkrise der anderen.

Die Verarmungsprogramme zur Durchsetzung von Billiglöhnen werden immer neu als Erfolgsmodell – auch für ganz Europa – dargestellt. Sie hätten Arbeit geschaffen und die Arbeitslosigkeit gravierend vermindert. Kritisch hinterfragt entpuppen sich auch hier Mythen. Über 85% der neuen Jobs sind atypische Arbeitsverhältnisse wie befristete Arbeitsverhältnisse, Zeitarbeit, Mini- und Teilzeitjobs mit einem hohen Anteil prekärer Arbeit, von der man

nicht leben kann. Seit 1999 sind Normalarbeitsverhältnisse sogar absolut zurückgegangen, die Reformen ersetzen diese also mit minderwertiger Arbeit. Die „offizielle Arbeitslosenzahl“ wurde auf aktuell unter 3 Millionen herunter manipuliert. Nicht mehr mitgezählt werden jetzt Menschen in Eingliederungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen, Ein-Euro-Jobs u.a.m, nach Angaben der Bundesagentur ca. 1,2 Mio. „Unterbeschäftigte“. Nach alter Rechnung gäbe es so mit über 4 Mio. Arbeitslosen deutlich weniger Grund zum Jubeln. Trotz dem uns verkauften Hauptziel einer verbesserten Vermittlung bleiben drei Viertel der Betroffenen dauerhaft in der Sackgasse Hartz IV. 11 Milliarden Euro zahlt der Staat nun für über eine Million Menschen, die trotz Arbeit aufstockende Hartz-IV-Leistungen brauchen und subventioniert damit den Unternehmen prekäre Arbeitsverhältnisse.

Reichtum und Armut nehmen gleichermaßen zu. Die OECD stellt zur Wirkung unserer Reformen fest: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD Land. Der Anstieg zwischen 2000 und 2005 war stärker als in den gesamten vorherigen 15 Jahren.“ Mit der Hartz-IV-Reform ist unsere Armutsquote steil nach oben geschneilt, neu hinzu kommen nun Kinder- und Altersarmut. Vor dieser Reform lebten in Deutschland 3,3 Millionen Menschen auf Sozialhilfeniveau, jetzt sind es 8 Millionen, die bedürftig sind. Die Lösung unserer Arbeitsmarktprobleme liegt also nicht in einer besseren Aktivierung und Vermittlung, wie man uns glauben macht. Sie sind Ergebnis von Deregulierung und Entfesselung der Märkte, die nur Rendite bedienen aber sozial blind sind.

Arbeitnehmer und Verbraucher tragen inzwischen fast 80% der Staatslasten, die horrend gestiegenen Gewinneinkommen beteiligen sich gerade noch mit ca. 12% am Steuerertrag. Die obere Hälfte der Bevölkerung besitzt nun das gesamte private Nettogeldvermögen, die untere Hälfte also gar nichts mehr. Nach einem ganz aktuellen Bericht von Tax Justice Network lagern 21 – 32 Billionen Euro privaten Reichtums in Steueroasen. Die ungeheuer Summe liegt über dem Bruttosozialprodukt der USA und Japans zusammen. Aus seriösen, hochrangigen Datenquellen errechnet die Nichtregierungsorganisation, dass dreißig Prozent des globalen Finanzvermögens von einer verschwindend kleinen Elite von 92.000 Personen kontrolliert wird. Sie bestimmt, wo die Musik spielt. Und während wenige Wohlhabende große Vermögen haben, die sie in steuerfreien Offshoreregionen lagern, schultert der Großteil der Bevölkerung im eigenen Land die Schulden, die der Staat aufgenommen hat. Reichtum ist bei uns gewollt – Armut auch.

Frieder Claus  
Referat Wohnungslosenhilfe und Armut  
Diakonisches Werk Württemberg